

20. NOV. 1965
TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XI/229

Bonn, den 30. November 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
-----	Urwahrhaftig	-----
		45

Regierungskoalition will sich weiter
mit belanglosen Redensarten über die Runden wogeln

2	Anerkennung für Käthe Strobel	48
---	-------------------------------	----

Mit dem internationalen Preis "Isabella d' Este" ausgezeichnet
Von Egon C. Heinrich

3 - 4	Portugal und seine Kolonien	77
-------	-----------------------------	----

Das sollten Salazars Freunde wissen
Von Gomez Angeloma

5 - 6	Frankreichs Präsidentenwahlkampagne	66
-------	-------------------------------------	----

Die Hypothese einer Stichwahl
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Unwahrhaftig

Regierungskoalition will sich weiter mit belanglosen Redeweisen
über die Runden mogeln

sp - Die ersten Runden der Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung waren recht aufschlußreich. Weniger deswegen, weil die Sprecher der Regierungsparteien oder gar der Bundeskanzler etwa versucht hätten, das Regierungsprogramm zu erläutern, sondern vielmehr, weil man es auf dieser Seite offensichtlich vermied, irgendwelche konkreten Hinweise auf richtungweisende, die inner- sowie außenpolitischen Probleme der deutschen Politik klar darstellende Anhaltspunkte zu geben.

Dr. Rainer Barzel - auch von seinen Freunden "der Glatte" genannt - leistete sich hierbei einen besonderen Akrobatentrick. Mit dem Unterton des Bedauerns meinte Herr Barzel, die sozialdemokratische Bundestagsfraktion habe es verabsäumt, ihr Programm zu erläutern. Das war deswegen schon ein Kunstfehler, weil Herr Barzel vor der Fraktionsvorsitzenden der SPD, Fritz Erler, sprach, also gar nicht wissen konnte, welche Hinweise die sozialdemokratische Fraktion für die Bewältigung der Probleme in der deutschen Politik geben würde.

Das ist aber nur ein kleiner Schönheitsfehler. Entscheidend und für das Klima der parlamentarischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik bezeichnend ist die Tatsache, daß Herr Barzel souverän Unwissenheit demonstrierte. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat sowohl vor der Bundestagswahl 1961 als auch jetzt vor dem 19. September 1965 als einzige Partei ein Regierungsprogramm aufgestellt, es in einer umfangreichen Dokumentation allen interessierten Bürgern zugänglich gemacht und im Wahlkampf in unzähligen Versammlungen und öffentlichen Stellungnahmen vertreten. Im Gegensatz dazu haben sich die Regierungsparteien damit getrüftet, kein Programm zu haben, sondern - so der Bundeskanzler - "die Dinge pragmatisch in den Griff nehmen" zu wollen.

- * Am Anfang dieser neuen Legislaturperiode steht also wieder die Un-
- * wahrhaftigkeit. Man wirft eine Behauptung in die Debatte, renkt
- * darum einen Schwall von wohlklingenden Worten, die zu nichts ver-
- * pflichtet und tut im Übrigen so, als sei man für alles das, was
- * jetzt unser Volk innen- und außenpolitisch bewegt, nicht verant-
- * wortlich.

Im Gegenteil, Barzels Rede und in gewissem Grade auch die Replik des Bundeskanzlers auf die Ausführungen des sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden zeugten von der Absicht, die Verantwortung auf andere abzuschieben.

Gegenüber dieser Taktik wird auf die Dauer nur die sachliche, aber harte Auseinandersetzung wirksam sein. Die Koalition, die auch in dieser Legislaturperiode nur von der Furcht zusammengehalten wird, das Volk könnte merken, wie notwendig die Wachablösung in Bonn ist, will sich weiter über die Runden mogeln. Wenn es hierbei nur um die Regierungsparteien ginge oder um das mehr oder weniger reponierte Bild des Bundeskanzlers, wäre das nicht weiter bemerkenswert. Da aber die deutsche Politik durch derartige Methoden ins Rutschen gerät, ist die Vorgehensweise gefährlich und den Interessen des deutschen Volkes abträglich.

Anerkennung für Käte Strobel

Mit dem internationalen Preis "Isabella d'Este" ausgezeichnet

Von Egon C. Heinrich

Zwei deutsche Frauen haben vor wenigen Tagen hohe internationale Anerkennung für ihre hervorragenden Leistungen gefunden. Im Capitol zu Rom wurden die Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments und frühere Vizepräsidentin dieses Parlaments, die Nürnberger SPD-Bundestagsabgeordnete Käte Strobel sowie die deutsche Krankenschwester Ursula Eichstädt mit dem "Internationalen Preis Isabella d'Este" der Stadt Rom ausgezeichnet. Der Preis steht unter der Schirmherrschaft des italienischen Staatspräsidenten Giuseppe Saragat und wurde in diesem Jahr erstmals an elf Frauen verliehen, die "mit ihren höchsten Leistungen den Fortschritt der Menschheit fördern".

Käte Strobel erhielt den Preis für ihre Verdienste in der europäischen Einigungspolitik. Ebenfalls in Anerkennung ihres Kampfes um Europa hatte die SPD-Politikerin bereits die Goldmedaille der Stadt Mailand erhalten. Ursula Eichstädt wurde für ihre über neunjährige Tätigkeit in indischen Lehrstationen ausgezeichnet. Unter den anderen neun Freisträgerinnen befinden sich die Frau des US-Präsidenten Johnson, Lady Johnson (Preis für Industrie), sowie drei Sowjetbürgerinnen: die Kosmonautin Tereschkova (Preis für besondere Leistungen), die Wissenschaftlerin Nina Chryschewa und die Primaballerina des Bolschoi-Balletts Maja Elissetskaia. Den Preis für Diplomatie erhielt die Tochter des verstorbenen indischen Ministerpräsidenten Nehru und jetzige indische Informationsministerin Frau Indira Gandhi. Die Preise für Mode, Kultur und Journalismus gingen an die Italienerinnen Prinzessin Irene Galitzine, Margaretha Garducci und Maria Bellonci. Leider waren Lady Johnson und die drei Russinnen nicht anwesend, als der italienische Kultur- und Wissenschaftsminister Arnaudi den übrigen Freisträgerinnen eine Majolika-Statue Isabella d'Estes überreichte. Lady Johnson hatte sich wegen der Krankheit ihres Mannes entschuldigt, während bei den russischen Freisträgerinnen Visa-Schwierigkeiten genannt wurden. Die Verleihung soll später stattfinden.

Es muß die 30 Millionen deutschen Frauen mit Freude und Stolz erfüllen, daß aus den 7 400 Vorschlägen aus aller Welt auch zwei deutsche Frauen mit dem Preis Isabella d'Este ausgezeichnet wurden. Die Prämierung Käte Strobels, der sozialdemokratischen Ministerkandidatin, ist um so höher zu bewerten, als in Deutschland Politik noch immer als Männersache angesehen wird. In der Würdigung, mit der Käte Strobel im Anschluß an die Preisverleihung feierlich in die "Academia Romana vel Sodalitatis Quirinalis" aufgenommen wurde, heißt es über Käte Strobel wörtlich: "Schon in jungen Jahren hat sie sich den sozialen Problemen der arbeitenden Klassen gewidmet. Durch ihren politischen Kampf gegen Diktatur, Rassenwahn und eine unheilvolle zerstücklerische Macht, verhalf sie den Arbeiterinnen ihres Landes, die sie als Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments vertrat, wieder zu ihren legitimen demokratischen Rechten, nämlich an der Staatsführung teilzunehmen." Mit Käte Strobel wurde gleichzeitig die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gewürdigt. Jene Partei, die stets für die Rechte der Frauen gekämpft hat und in der die Frauen die gleichen Chancen haben wie die Männer.

Portugal und seine Kolonien

Das sollten Salazars Freunde wissen

Von Gomez Angolona

Bundesjustizminister Dr. J ä g e r (CSU) hat sich in der letzten Woche erneut für das portugiesische Salazar-Regime stark gemacht und die Kolonial-Politik der Portugiesen in Angola und Mozambique in höchsten Tönen gefeiert. Es war Lob einem Regime gegenüber, das nun die von den Vereinten Nationen und der Londoner Regierung Wilson in Acht und Bann geschickte Regierung Smith in Salisbury nachdrücklich unterstützen will. Man fragt sich schon, ob etwa die Portugiesen von Mozambique her dem verurteilten Regime Smith in benachbarten Rhodesien direkte militärische Hilfestellung geben wollen.

Das ganze erhält noch zusätzlich einen fatalen Beigeschmack, wenn man erfährt, daß die Bundeswehr in Portugal mit 150 Millionen DM ihre größten ausländischen Nachschubbasen, Lazarette, Übungsplätze und Luftstützpunkte einrichtet. Es besteht die Gefahr, daß Bonn wieder einmal zwischen die Mühlsteine der großen Weltpolitik gerät. Jedenfalls wäre gerade zum jetzigen Zeitpunkt der Bundesjustizminister Dr. Jäger nachdrücklich Zurückhaltung empfohlen.

Man sollte die Kehrseite der portugiesischen Medaille nicht übersehen. Sie ist aufgezeigt worden in einer Schrift des "world university service" (WUS) aus dem Jahre 1963, die sich vor allem mit den Zuständen in der portugiesischen Kolonie Angola kritisch auseinandersetzt. Es dürfte Dr. Jäger besonders die Feststellung der Dokumentation interessieren:

- * "Als Salazar an die Macht kam, schickte er eine politische
- * Sicherheitspolizei nach Angola, um Aufstände und nationa-
- * listische Regungen der Afrikaner unterdrücken zu können.
- * Diese Geheimpolizei (PIDE) bereitete alle Akten vor, die
- * den politischen Gerichtshöfen vorgelegt werden. Zur Erfül-
- * lung dieser Aufgabe darf sie jeden Bürger einsperren und
- * sechs Monate lang im Gefängnis behalten."

Die Untersuchungen der WUS brachten weiter zutage, die Häftlinge würden nächtlichen Untersuchungen und Prozessen mit Martorinstrumenten ausgeliefert. Die Polizei benötige keine Haftbefehle. Die Gefangenen würden monatelang in Einzelhaft ohne Licht und Schlafgelegenheit eingesperrt. Im einzelnen wird in der Dokumentation über Angola geschildert, wie unter Verletzung der elementarsten Menschenrechte namentlich genannte Personen von der politischen Strafjustiz in Angola zu Unrecht verfolgt und verurteilt worden sind. Sogar Rechtsanwälte, die sich ausnahmsweise eines Falles annehmen konnten, wurden gefoltert und eingesperrt. Es ist

erstaunlich, daß der Jurist Dr. Jäger seinerzeit von diesen Dingen in den Kolonien nichtserfahren hat.

Das Wahlrecht in Angola - wie auch in Mosambique - ist eine Farce. Es steht nur portugiesischen Bürgern zu. Portugiesischer Staatsbürger kann aber nur werden, wer fließend portugiesisch spricht, schreiben kann, eine Arbeitsstelle hat, ein ausreichendes Einkommen besitzt und sich "gut geführt" hat. Es ist klar, daß damit die einheimische Bevölkerung der portugiesischen Kolonien Bürger minderer Klasse sind.

Alle Nachrichten aus Angola unterliegen der Zensur. Der Sonderkommission der Vereinten Nationen wurde die Einreise nach Angola verwehrt, als sie sich nach den Aufständen im Jahre 1961 erkundigen wollte. Es gibt in der Kolonie keine afrikanischen Gerichtsstände, wie es sie in den französischen und englischen Kolonien Afrikas immer gab. Alle politischen Prozesse zieht das Gericht in Lissabon an sich.

Abschließend sei noch wörtlich wiedergegeben, was die Dokumentation der WUS hinsichtlich der Autonomie-Wünsche der Bewohner von Angola zu berichten wußte: "Während der Angola-Debatte in den Vereinten Nationen berichtete M. Ousman Laccé Diop:

- * "Eines Tages unterzeichneten die Bewohner der Provinz von Cabinda eine Petition, die von den örtlichen portugiesischen Behörden eine Art Selbstverwaltung erbat, die ihnen erlaubte, ihre eigenen Angelegenheiten demokratisch zu regeln. Die Antwort ließ auf sich warten."

Und weiter: "Eines Abends wurden diejenigen, die die Petition unterzeichnet hatten, aus ihrem Schlaf gerissen und nackt und bloß wie sie waren ins Gefängnis geworfen. Am anderen Morgen gingen die Mitglieder der Familien, kindlich wie sie waren, zur Pforte des Gefängnisses, um ihnen ihre Kleidungsstücke zu überbringen. Man antwortete ihnen zynisch, 'die werden sie nicht mehr nötig haben'. In der Tat brauchten sie keine Bekleidung mehr, denn diese Unglücklichen waren zerstückelt in Säcke gestopft worden, an Bord von Flugzeugen fortgeschafft und schließlich ins Meer geworfen worden. Einige Tage später fand man ihre zerstückelten Leichen durch die Gezeiten des Meeres an den Strand geworfen".

Frankreichs Präsidentenwahlkampagne

Die Hypothese einer Stichwahl

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

28 Millionen Franzosen wählen am 5. Dezember zum erstenmal den Staatspräsidenten. De Gaulle hat diesmal fünf Gegenspieler, davon zwei von Format: den Linkskandidaten François Mitterrand und den Vertreter der Mittelparteien, Jean Lecanuet.

Unter diesen Umständen stellt sich die Frage, ob General de Gaulle eine absolute Mehrheit erhält oder er sich mit einer relativen Mehrheit der abgegebenen Stimmen begnügen muß.

De Gaulles Mehrheit ...

Die Hypothese einer nur relativen Mehrheit ist nicht abwegig, wenn man bedenkt, daß bei der letzten Volksentscheidung (Oktober 1962) nur 47 Prozent der Wahlberechtigten mit "Ja" stimmten, allerdings waren es 62 Prozent der abgegebenen Stimmen. 38 Prozent der abgegebenen Wahlstimmen lehnten de Gaulles Verfassungsprojekt ab, 23 Prozent der Wahlberechtigten enthielten sich überhaupt der Stimme. (Auch bei vorhergehenden Volksentscheidungen waren die Stimmenthaltungen groß, so 15 Prozent 1958 und 24 Prozent 1961 und im April 1962.)

Soweit die Gesamtergebnisse der bisherigen Volksentscheidungen in der 5. Republik. Dazu muß gesagt werden, daß de Gaulle südlich der Loire die absolute Mehrheit bereits verloren hat.

Alle diese Volksabstimmungen fanden noch während des Algerienkrieges oder unmittelbar nachher statt. Viele Franzosen stimmten für de Gaulle, weil sie ihn als "kleineres Übel" im Vergleich zu der damals noch akuten rechtsradikalen Putschgefahr betrachteten. Bei allen diesen Gelegenheiten hatte de Gaulle mit dem Rücktritt und mit dem Chaos gedroht, falls nicht eine entsprechend große Mehrheit für ihn sein sollte.

- 6 -

... schrumpft zusammen

Die Situation ist heute anders. Der Algerienkrieg gehört der Vergangenheit an, ebenso die OAS. Dennoch ist es nicht leicht, auf-

grund der hier angeführten Ergebnisse aus vergangenen Jahren, Voraussagen für die bevorstehende Präsidentenwahl zu machen. Es handelt sich am 5. Dezember nicht einfach um "Ja" oder "Nein", sondern um eine Entscheidung zwischen mehreren Kandidaten und Möglichkeiten.

In diesem Sinn ähnelt die Präsidentenwahl eher einer allgemeinen Wahl, in der mehrere Parteien ihre Kräfte miteinander messen. Das gilt zumindest für den ersten Wahlgang. Die letzten Parlamentswahlen haben nun gezeigt, daß die Gaullisten auf sich selbst gestellt im Lande keine absolute Mehrheit haben. Die Gemeinderatswahlen haben erst recht bewiesen, daß die gaullistische Partei in Frankreich nur noch über ungefähr 20 bis 30 Prozent der Wählerstimmen verfügt.

Was geschähe nun, wenn sich de Gaulle am 5. Dezember tatsächlich mit einer relativen Mehrheit bescheiden müßte? Es käme 14 Tage später zu einer Stichwahl, an der verfassungsmäßig nur noch zwei Männer zur Wahl stünden, nämlich die beiden bestgestellten Kandidaten. Wird sich de Gaulle darauf einlassen? Es ergeben sich in diesem Fall drei Möglichkeiten:

Drei Möglichkeiten

1. De Gaulle akzeptiert eine Stichwahl. In diesem Fall hätte er sich wahrscheinlich mit dem Linkskandidaten François Mitterrand oder mit Jean Lecanuet zu messen. Man nimmt an, daß einer der beiden nach de Gaulle an zweiter Stelle steht.
2. De Gaulle verzichtet auf eine Stichwahl und zieht sich enttäuscht nach Colombey-les-deux-Églises zurück. In diesem Falle blieben voraussichtlich Mitterrand und Lecanuet im Rennen. Es käme somit zu einem Kräftemessen zwischen dem Linkskandidaten und dem Mann der Mittel- und Rechtsparteien. Die Rechtsparteien würden in einem derartigen Fall wahrscheinlich Lecanuet gegen Mitterrand unterstützen.
3. De Gaulle tritt überhaupt zurück. In diesem Fall müßte binnen 20 bis 25 Tagen eine neue Präsidentenwahl ausgeschrieben werden. Vorübergehend würde Senatspräsident Gaston Monnerville als provisorischer Staatspräsident in das Elysée einziehen, um bis zur Präsidentenwahl die Staatsgeschäfte zu leiten. Das wäre gleichbedeutend mit dem Ende der gaullistischen 5. Republik.

Man kann daher annehmen, daß de Gaulle, selbst wenn er am 5. Dezember nur die relative Mehrheit erhält, im Interesse der Stabilität und Kontinuität der 5. Republik eine Stichwahl akzeptiert.

Das gegenwärtige Kräftespiel gibt aber jetzt bereits ein Panorama der französischen Perspektiven n a c h de Gaulle.